

Ein erschreckendes Schlaglicht auf das Missmanagement in den Kammern sieht der bffk in den Beitragserhöhungen von immerhin 9 IHKn. *„Dass in bester Konjunktur die Kammern mit dem Geld nicht auskommen, ist ein Armutszeugnis“*, meint der bffk-Geschäftsführer. Nicht hinnehmbar ist dabei für den bffk, dass bei diesen Beitragserhöhungen insbesondere auch kleine finanzschwache Unternehmen belastet werden wie der Beitragsvergleich aufzeigt.

Vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Kammerzwang vom Juli 2017, in dem die Bedeutung der Binnendemokratie in den Kammern betont wurde, war dem bffk die Analyse der Wahlsysteme in den IHKn ein besonderes Anliegen. Die vorgelegten Ergebnisse belegen nun, dass die Einteilung der Wahlgruppen bundesweit ohne jeden Versuch einer inhaltlichen Begründung höchst unterschiedlich und willkürlich gehandhabt wird. *„Davon, dass jede Stimme eines IHK-Mitgliedes bei den Wahlen das gleiche Gewicht hat, kann nach unseren Untersuchungen keine Rede mehr sein“*, unterstreicht Kai Boeddinghaus.

Zum Hintergrund:

Der Bundesverband für freie Kammern e.V. (bffk) setzt sich für die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in den Kammern ein. Der Verband veröffentlicht in dem Zusammenhang seit dem Jahr 2012 den jährlichen Kammerbericht.